



**Keen demokrateschen an ekologeschen
Dumping ënnert dem Deckmantel vun
der Kris**

**Fir e wirkleche Konjunkturpak am Sënn
vun enger nohalterer Entwécklung**

März 2009

Keen demokrateschen an ekologeschen Dumping ënnert dem Deckmantel vun der Kris

Fir e wirkleche Konjunkturpak am Sënn vun enger nohalteger Entwécklung

Wir befinden uns weltweit nicht nur in einer Wirtschafts-, sondern seit einer längeren Zeit auch in einer ökologischen Krise.

Die Folgen der ökologischen Krise u.a. im Bereich des Klimas werden auf Dauer verheerend sein und jene der jetzigen Wirtschaftskrise übersteigen. Millionen Umweltflüchtlinge, verheerende Schäden weltweit durch Stürme, Überschwemmungen, der Verlust von ganzen Küstenabschnitten... stehen an. Der beachtete Stern-Report des früheren Chefökonom der Weltbank führt an, dass ein nicht ausreichendes Handeln im Klimabereich die Weltwirtschaft in eine tiefe Depression treiben würde.

Es bleibt ein Rätsel, warum aufgrund dieser Herausforderung konsequentes gesellschaftspolitisches Handeln weiterhin nur äußerst halbherzig erfolgt. Obwohl alle Zeichen auf Sturm stehen, wird seitens der klassischen Politik - über isolierte Projekte und verbale Aussagen hinaus - die Dimension der ökologischen Krise nach wie vor ignoriert.

Die Ausarbeitung eines Konjunkturpaketes hätte die Möglichkeit geboten, Instrumente zur gemeinsamen Bewältigung sowohl der wirtschaftlichen als der ökologischen Krise in die Wege zu leiten und auch die darin liegenden Chancen zu nutzen. Dies ist nicht der Fall! Im Gegenteil: vielmehr werden tradierte Wege begangen, ohne (von einigen Ausnahmen abgesehen) auch nur ansatzweise die Chance zu nutzen um wirtschaftliche und ökologische Synergien herzustellen.

Unter dem Deckmantel der Krisenbewältigung werden vielmehr ökologische und demokratische Standards in Frage gestellt und - statt konsequenter Programme im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung - so erneut eine Polarisierung zwischen ökologischen und wirtschaftlichen Interessen provoziert!

Der Mouvement Ecologique ist zudem der Überzeugung, dass eine Reihe der im staatlichen Konjunkturpaket aufgeführten Maßnahmen nicht reell konjunkturfördernd sind,

sondern dass vielmehr - unter dem maßgeblichen Einfluss der Patronatsorganisationen - von der Gelegenheit "profitiert" wurde, um Rückschritte im demokratischen und ökologischen Bereich durch die Hintertür als Konjunkturmaßnahme zu kaschieren.

Die politischen Parteien müssen sich im Vorfeld der Wahlen die Frage stellen, ob die BürgerInnen diese Rückschritte, verbunden mit mangelnden politischen Zukunftsperspektiven, diese "vergifteten Geschenke" tatsächlich stillschweigend hinnehmen werden ... oder ob sie sich nicht weitaus konsequenter ein gemeinsames Aufgreifen der ökologischen und ökonomischen Herausforderungen seitens der politischen Akteure erwarten.

1. Nein zu ökologischen und demokratischen Rückschritten unter dem Deckmantel der Konjunkturkrise

Beim Durchlesen von Texten des Konjunkturpaketes entsteht der Eindruck, als ob zwei Schuldige der Konjunkturkrise gefunden worden wären: einerseits die Bürger, die im Rahmen gesetzlicher Prozeduren ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und andererseits umweltpolitische Standards.

Nein zu einer Infragestellung demokratischer Rechte!

Der Mouvement Ecologique begrüßt ausdrücklich die Absicht eine Harmonisierung von Gesetztexten und -prozeduren im Urbanismus-Bereich herbei zu führen sowie die Überarbeitung bestimmter Bestimmungen bzw. Ausführungsreglemente des Gesetzes von 2004 betreffend die Flächennutzungspläne. Was die an sich sinnvolle Einführung eines „guichet unique de l'urbanisme“ in diesem Zusammenhang anbelangt, scheint derzeit unklar zu sein, wie dies konkret umgesetzt werden soll.

Allerdings sind eine Reihe anderer Abänderungen aus demokratischer Sicht nicht hinnehmbar. Die Motive, die scheinbar hinter verschiedenen Maßnahmen stecken, sind äußerst befremdend.

- Keine Streichung der mündlichen Anhörung

So sollen in Zukunft BürgerInnen bei der Abänderung eines Teil-Bebauungsplanes ihre Einwände nur noch schriftlich vorbringen dürfen. Dabei war es seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit, dass BürgerInnen die - im Gegensatz zu Promotoren mit ihren Rechtsberatern - evtl. weniger schreibgewandt sind oder eher Rückfragen und Anmerkungen haben als direkt einen "Einspruch" formulieren wollen, ihre Anmerkungen auch mündlich vorbringen durften. Diese Beschränkung bringt prozedural de facto keinen Zeitgewinn, ist nicht konjunkturfördernd, da das (zeitlich unaufwendige) Anhören in der Regel einige Tage nach dem Ablauf der schriftlichen Einspruchsfrist erfolgt. Es werden

schlichtweg ausschließlich die Rechte des "einfachen" Bürgers beschnitten.

- **Keine Beschränkung der Einspruchsrechte der BürgerInnen**

In die gleiche Richtung geht folgende geplante Neuerung: So sollen bei Teil-Bebauungsplänen (PAP) - im Gegensatz zu allgemeinen Flächennutzungsplänen (PAG) - nur BürgerInnen Einspruch einlegen können, die ein direktes und persönliches Interesse vorweisen können (*"limitation du droit d'introduire une réclamation contre les plans d'aménagement particulier aux personnes justifiant un intérêt personnel, direct et certain"*). Des Weiteren soll kein Einspruch beim Innenministerium gegen die definitive Genehmigung des Gemeinderates mehr möglich sein.

Beide Beschränkungen sind aus demokratischer Sicht nicht annehmbar. Hier wird der Bürger a priori auf seine so oft gescholtene Nimby-Rolle reduziert und ihm nur noch zuerkannt, sich für seine privaten Belange einsetzen zu dürfen! Doch losgelöst davon, dass diese Maßnahme von einem tiefen Misstrauen der Politik gegenüber dem Bürger spricht, stellt sich zudem die Frage, ob diese Vorgehensweise überhaupt konform zu EU-Recht ist.

Die Regierung verkennt bei dieser Maßnahme im Übrigen die Tatsache, dass es Teil-Bebauungspläne von sehr unterschiedlicher Bedeutsamkeit in Gemeinden geben kann: von einer „kleinen“ Baulücke bis hin zu einer großen nicht bebauten Fläche im Zentrum oder an der Peripherie einer Ortschaft. Die Entwicklung einer solchen Fläche kann somit sehr wohl von bedeutendem Allgemeininteresse sein: die Beschränkung von möglichen Einsprüchen auf persönliche Interessen ist ein unannehmbarer Rückschritt!

Das neue Gesetz betreffend die Flächennutzungspläne von 2004 hat zudem die Bedeutung der Teil-Bebauungspläne (PAP) sehr stark aufgewertet: umso absurder ist jetzt die Tatsache, dass gerade die diesbezüglichen Rechte der BürgerInnen eingeschränkt werden sollen!

Hier sollen BürgerInnen zum Schuldigen für das Versagen auf ganz anderer Ebene gemacht werden: Wieso hat das Innenministerium in der Vergangenheit Entscheidungen über Teil-Bebauungspläne oder Flächennutzungspläne während Monaten, ja sogar Jahren „verschlampt“? Wieso gehen - nach Informationen von Gemeindeverantwortlichen - systematisch Dokumente im Innenministerium oder zwischen Innen- und Umweltministerium „verloren“? Braucht nicht der Schriftwechsel der Gemeinde über den (überholten) Umweg der Distriktskommissare in den genannten Dossiers weitaus mehr Zeit, als die Bürgerbeteiligung selbst? Warum auch wurde die längst auch von zahlreichen Gemeinden geforderte Reform des Innenministeriums noch nicht durchgeführt? Aber: es ist halt einfacher vorzugaukeln, die vermeintliche Lösung für zu lange Bearbeitungszeiten liege darin, Bürgerrechte zu beschneiden, als Verwaltungsreformen durchzuführen...

- **Gegen eine Aushebelung der Kompetenzen der Gemeinden**

Vor allem folgende zwei Neuerungen sind nicht tragbar:

* Die Stellungnahme der "commission d'aménagement" zu Einsprüchen die nach dem definitiven Votum des allgemeinen Flächennutzungsplanes (PAG) einer Gemeinde beim Minister eingereicht werden, sollen in Zukunft der Gemeinde nicht mehr zu einer Stellungnahme zugestellt werden: vielmehr soll der Minister sofort aufgrund der "commission d'aménagement" den Flächennutzungsplan genehmigen oder nicht. Damit wird die Möglichkeit gegeben, dass Einsprüche „durch eine Hintertür“ im Rücken der Gemeinde vom Ministerium genehmigt werden könnten.

Fakt ist darüber hinaus, dass derzeit die staatliche „commission d'aménagement“ noch immer über kein einheitliches, für Dritte nachvollziehbares Raster zur Begutachtung von Flächennutzungsplänen bzw. deren Abänderungen verfügt. Dies führt in der Praxis zu sehr unterschiedlichen, z.T. widersprüchlichen Gutachten, die z.T. auch unzutreffende Aussagen enthalten können. Den Gemeinden die Möglichkeit zu nehmen dazu Stellung zu beziehen, wird politischen Unfrieden säen, statt Prozeduren zu verkürzen.

Es ist bezeichnend, dass keine Reform der staatlichen Kommission und ihrer Arbeitsweise zurückbehalten wurde: sie sollte ausschließlich aus „femmes et hommes de l'art“ bestehen, anstatt z.T. aus Verwaltungsbeamten, die vielfach ihre persönliche Meinung dort vertreten. Weiterhin sollten, wie vom Mouvement Ecologique und auch Gemeinden gefordert, nachvollziehbare Kriterien die Grundlagen für deren Gutachten bilden.

* Äußerst problematisch ist auch folgende Absicht zu werten: „*La dispense de l'autorisation de construire du bourgmestre pour certains projets d'intérêt public. (...) Lorsque l'intérêt public ou l'urgence l'exigent, la Chambre des Députés peut dispenser le maître de l'ouvrage d'un projet de construction de l'autorisation.*» Eine solche Bestimmung ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique rechtlich nicht vertretbar, da u.a. damit die Autonomie der Gemeinden in Frage gestellt wird und diese de facto entmündigt werden. Das Ganze ist umso unsinniger, als es nicht zu einem Zeitgewinn führt. Es sei denn, der Staat möchte schlicht und einfach „unwilligen“ Gemeinden ein Projekt von oben herab aufzwingen...

Der Mouvement Ecologique ruft die Gemeinden auf, sich mit Nachdruck gegen die geplante Einschränkung ihrer Rechte zur Wehr zu setzen.

- **Für die Offenlegung der sektoriellen Pläne statt des Beschneidens von Bürgerrechten**

Im Konjunkturpaket findet sich ebenfalls eine Aussage zu den Aktivitätszonen: „*introduction d'une procédure simplifiée d'exécution entre autres pour les zones d'activité*“. Was versteckt sich hinter dieser Aussage, die a priori doch etwas zweideutig ist. Eine beschleunigte Ausweisung? Keine Gesamtbetriebsgenehmigung mehr für eine

Aktivitätszone (eine Bestimmung des Gesetzes, die eh konsequent mit Füßen getreten wird)?

Es ist absurd, dass eine beschleunigte Vorlage des sektoriellen Planes „Aktivitätszonen“ im Konjunkturpaket nicht erwähnt wird (was ja eine Planungssicherheit auf Jahre erlauben würde), jedoch eine beschleunigte Ausweisung Erwähnung findet...! Auch hier wiederum werden die Probleme nicht an der Wurzel selbst angepackt, sondern wiederum prozedurale Aspekte in den Vordergrund gestellt, wohl erneut mit der Absicht eine öffentliche Diskussion zu unterbinden.

Abschließend: das Gesetz betreffend die Flächennutzungspläne von 2004 wurde in einem parlamentarischen „Hauruck-Verfahren“ gegen viele Bedenken, auch in den Mehrheitsparteien, durchgesetzt. Das Resultat war ein z.T. in der Praxis schwer anwendbares Gesetzeswerk, wie viele Gemeinden und Fachleute bestätigen.

Will die Regierung ein gleiches Verfahren auch jetzt für die ins Auge gefassten z.T. völlig unannehmbaren Änderungen anwenden?

Nein zu einer Aufweichung der Umweltstandards im betrieblichen Bereich

Eine Reihe von geplanten Änderungen im Kommodo-Inkommodo Bereich würden zu einer nicht annehmbaren Aufweichung von Umweltstandards führen:

- **Nein zur Aufweichung der Betriebsgenehmigungen**

In Zukunft sollen bestimmte Betriebe (welche?) keine spezifische Genehmigung mehr beantragen müssen unter der Voraussetzung, dass sie eine Reihe von a priori festgelegten Referenz-Auflagen respektieren. Ob diese Auflagen eingehalten wurden, soll dann nur im nachhinein kontrolliert werden (*“des contrôles seront effectués à posteriori seulement pour vérifier si ces critères sont remplis”*).

Eine derartige Vorgehensweise käme einer gänzlichen Umkehr der Rechtssituation in unserem Land gleich, die von Patronatsseite spezifisch im Umweltbereich immer wieder angestrebt wurde und von den vorhergehenden Regierungen stets verhindert werden konnte (und gegen die sich auch der Staatsrat bisher ausgesprochen hat).

Würde diese unannehmbare Umkehr der Rechtsvorschriften Realität, dann müsste sie ja wohl auch in anderen Bereichen gelten: ein Antrag auf eine Baugenehmigung würde dann auch überflüssig, da man ja die Vorschriften kennen müsste ...

Wer würde sich im Übrigen trauen einen neuen Betrieb ggf. in den Konkurs zu treiben, wenn ein Bau - aufgrund der Nichteinhaltung der Umweltauflagen und der

entsprechenden Änderungen eines Fabrikationsprozesses und somit auch der baulichen Gegebenheiten - so verändert werden müsste, dass die notwendigen Geldmittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Umweltverwaltung hat sich zu Recht mit Nachdruck gegen diese Umkehr der Rechtsvorschriften zur Wehr gesetzt.

Es wäre im Übrigen interessant zu erfahren, in wiefern im betrieblichen Bereich systematisch Kontrollen in Bezug auf Umweltstandards durchgeführt werden...

- **Nein zu einer Aufweichung der öffentlichen Anhörung und der Kompetenzen des Umweltministeriums**

Bereits in den vergangenen Jahren wurde die Anzahl der Betriebstypen, die der Kommodo Klasse 1 (die eine Genehmigung auch des Umweltministers und eine öffentliche Prozedur vorschreibt) herabgesetzt ... und es wurde eine neue Klasse 4 eingeführt, für welche keine Genehmigung mehr erforderlich ist und entsprechend auch keine öffentliche Prozedur. Ziel des Konjunkturprogrammes ist nun, Zitat: "*révision de la nomenclature en vue d'une réduction au maximum des établissements classés de type 1 (...), il est prévu d'augmenter les types d'établissement de la classe 4, nécessitant seulement une notification préalable.*"

Der Mouvement Ecologique sträubt sich nicht a priori gegen ein Überarbeiten der Nomenklatur der Kommodo-Inkommodo Gesetzgebung in dem diese vor allem auch übersichtlicher organisiert wird. Der Mouvement Ecologique setzt sich jedoch mit Nachdruck gegen eine Aufweichung demokratischer Rechte und Umweltstandards zur Wehr, und gerade dies wäre aber die Folge dieser skizzierten Reform.

Die genannten Maßnahmen stellen nach der Überzeugung des Mouvement Ecologique ein eindeutiges ökologisches (und im Übrigen auch soziales!) Dumping dar. Es muss auch weiterhin möglich sein, im Vorfeld einer Betriebsgenehmigung Umweltstandards und auch Sicherheits- und Gesundheitsstandards für die Arbeitnehmer spezifisch fest zu legen!

Statt die Probleme an der Wurzel anzupacken, sollen aber nun unter dem Deckmantel des Konjunkturpaketes Umweltstandards aufgeweicht werden. Aber dies ist wohl einfacher, als die seit Jahren eingeklagte Reform der Umweltverwaltung durchzuführen, damit diese endlich im Sinne eines integrierten und vorsorgenden Umweltschutzes stärker proaktiv und beratend vorgehen kann! Die Reform der Verwaltung steht zwar im Koalitionsabkommen ... erfolgt ist aber nichts. Nach einem internen Audit sollte ein externes Audit den entsprechenden Reformbedarf aufzeigen: von beiden ist nichts in die Öffentlichkeit gedrungen...

Es ist zudem gewusst, dass ein Großteil der eingereichten Genehmigungsanträge im betrieblichen Bereich unkomplett bzw. fehlerhaft ist. Wäre es nicht an der Zeit zu überlegen, wie dieses Manko behoben werden kann, z.B. durch höhere Qualitätsstandards für die Ingenieurbüros, die diese Anträge bearbeiten?

Das Umwelt- (und Sozialdumping) jedenfalls wird nichts bringen - außer höheren Umweltbelastungen und einer erneuten Polarisierung zwischen ökologischen und

wirtschaftlichen Interessen. Der Mouvement Ecologique wird sich mit Nachdruck dagegen zur Wehr setzen.

Naturschutz – nur noch ein lästiges Übel

Äußerst problematisch sind zudem die Darstellungen auf der Ebene des Naturschutzes. Zitiert sei folgender Auszug aus dem Konjunkturprogramm:

«Le Ministère de l'Environnement envisage par ailleurs l'introduction d'un système de bonus écologique. Le système «Oekobonus» attribue une valeur quantitative à tout type de biotopes susceptible d'être modifié, détruit et ou créé suite à la réalisation de projets d'infrastructure. Ce système permet de concevoir des mesures compensatoires à mettre en œuvre en vue de la réalisation d'un projet. Il est accompagné de l'introduction d'une approche régionale en matière de mise en œuvre des mesures compensatoires.»

Der Kontext, in welchem diese Neuerung angeführt wird, lässt nur eine Interpretation zu: Es geht hierbei nicht drum unvermeidbare Eingriffe in die Natur zu kompensieren, sondern es geht darum, das Naturschutzgesetz z.T. auszuhebeln indem es dem Umweltminister erschwert werden soll, in Zukunft auch äußerst umstrittene Eingriffe zu verhindern. Nach dem Motto: Was macht schon die Zerstörung eines Biotopes aus, an anderer Stelle wird versucht, diese zu kompensieren.

Dabei ist gewusst, dass sich nicht jeder Eingriff kompensieren lässt, und dass Kompensationsmaßnahmen fast nie erlauben gleichwertige Biotope zu schaffen ... und sie letztlich auch häufig recht zweifelhaft in der Umsetzung sind. Ein Gruß an diejenigen, die derzeit versuchen, die Schäden die im Grünwald, dem größten Waldkomplex Luxemburgs, durch den Bau der Nordstraße entstanden sind, mittels extensiver Viehweiden zu kompensieren. Oder das Roden einer parkähnlichen Waldparzelle bei der russischen Botschaft in Luxemburg-Stadt, die z.T. durch Grasdächer kompensiert werden soll...

Ebenso stellt sich die Frage, was sich genau hinter dem Anspruch verbirgt, die Impaktstudienrichtlinie innerhalb des Naturschutzgesetzes etwas „lascher“ zu handhaben ... Dass nicht für alle Projekte eine Impaktstudie notwendig sein muss, trägt auch der Mouvement Ecologique. Es besteht aber die reelle Sorge, dass hier über das Ziel hinausgeschossen wird ...

Nein zu vereinfachten Prozeduren beim Straßenbau und zur Verwässerung der Impaktstudienrichtlinie

Nicht annehmbar sind auch Neuerungen, die auf der Ebene der Planung von Straßen vorgesehen sind. Hier versucht der Staat scheinbar durchzusetzen, dass Impaktstudien nur noch unter sehr restriktiven Bedingungen notwendig sein werden. Studien scheinen nur noch dann durchgeführt werden zu müssen, wenn es sich z.B. um Straßenbauprojekte von über 10 km Länge handelt, de facto also um Projekte, die in Luxemburg nicht mehr anstehen (oder?).

Abgesehen von der Tatsache, dass diese Vorgehensweise nach Ansicht des Mouvement Ecologique EU-Recht widerspricht, stellt sich zudem die Frage, ob durch neue Straßen tatsächlich der Konjunkturmotor angeworfen wird? Greift diese Maßnahme wirklich kurzfristig? Und trifft sie jene Branchen, die tatsächlich Probleme haben? Oder wird die Neuerung nicht vielmehr missbraucht, um z.B. einen Ausbau der A3/A6 und andere umstrittene Projekte im Hauruckverfahren ohne ehrliche Analyse durchzusetzen ... und wieder eine stärkere Prioritätensetzung auf den Ausbau des Straßennetzes zu setzen?

Eine Information am Rande: Der "Fonds des routes" wird gemäß Konjunkturpaket 2009 gegenüber 2008 um 58,8% aufgestockt (von 85 auf 135 Mio Euro). Was mit den Geldern erfolgt, bleibt offen: es geht sowohl die Rede von „élargissement et entretien du réseau routier“ als auch von „aménagement de couloirs bus ...“. Warum diese doch sehr ungenauen Angaben? Warum werden nicht klare Prioritäten und präzise Hierarchien benannt?

Aufweichung der Lärmschutz-Standards?

Völlig untragbar ist aber auch, dass versucht wird die Lärmstandards aufzuweichen ... *«pour éviter une sur-réglementation en matière de bruit»*, wie zu lesen ist. So soll das großherzogliche Reglement vom 13. Februar 1979 (!) überarbeitet werden. Richtig ist: Das Reglement ist überholt, die Grenzwerte müssten effektiv auch aufgrund von Analysen der Weltgesundheitsorganisation usw. wohl eher verschärft werden. Doch so klingt die Textpassage im Konjunkturprogramm nicht. Im Gegenteil! Wenn man weiss, dass ein Vertreter der Industriellenföderation in einer öffentlichen Sitzung meinte, wenn zu bestimmten Tageszeiten Betriebe unter den zulässigen Lärmwerten liegen würden ... müssten sie diese auch zu anderen Tageszeiten überschreiten dürfen, so wird augenscheinlicher, in welche Richtung die Abänderungen gehen werden

Wenn man weiss, dass die Lärmbelastungen generell ein immer größer werdendes Problem darstellen, wäre die Aufweichung der Standards von 1979 in diesem Bereich schlichtweg ein Hohn.

2. Statt eines Paketes der verpassten Chancen: zukunftsorientierte Investitionen fördern!

Augenscheinlich ist, dass mittels vorliegendem Konjunkturprogramm reelle Chancen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, in Sinne einer Stärkung des Standortes Luxemburgs, im Sinne des Klimaschutzes augenscheinlich aufgrund nicht nachvollziehbarer Gründe verpasst werden. Der Mouvement Ecologique hat seine Anregungen in einem Papier vom 20. Januar 2009 ausführlich dargelegt, diese seien an dieser Stelle nicht alle wiederholt.

Grundsätzlich plädiert der Mouvement Ecologique für die weitaus gezieltere Umsetzung von Projekten, welche einen realen Beitrag leisten zur Erreichung der Klimaschutzziele, zum Erhalt der biologischen Vielfalt, zur Steigerung der Gewässergüte, zur regionalen, ressourcenleichten und naturverträglichen Ökonomie, zur sozialen Kohäsion ... Dabei soll die Gewichtung auf der Steigerung des Wohlstandes und des Gemeinwohls - statt auf einem unkohärenten Wachstum liegen. **Diese Verknüpfung eines Konjunkturprogrammes mit den Nachhaltigkeitszielen ist umso wichtiger, da somit vielfach eine so genannte Win-Win-Win Situation erreicht und Strukturreformen in die Wege geleitet werden können: sowohl Vorteile aus ökologischer, ökonomischer als auch aus sozialer Sicht:**

- Arbeitsplätze können erhalten sowie geschaffen werden, auch indem die regionale Ökonomie gestärkt wird;
- die Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten wird reduziert (und die damit verbundenen Kosten);
- auch entstehen vielfach Vorteile für den Einzelnen (geringere Energiekosten, behaglichere Atmosphäre durch eine bessere Isolation ...) durch z.B. die Förderung von Energieeffizienz, einem verbesserten Mobilitätsangebot;
- CO2-Emissionen werden eingespart und somit wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet, was ebenso aus ökonomischer Sicht vorteilhaft ist (Gelder werden z.B. nicht für umstrittene CDM Projekte u.ä. genutzt, sondern kommen der nationalen Wirtschaft zu Gute);

Einige Instrumente seien, stellvertretend für andere, kurz aus der Stellungnahme vom 20. Januar 2009 umrissen:

- **Offensive ökologische und energetische Sanierung von Staatsgebäuden**

Fakt ist, die energetische und ökologische Sanierung von Staatsgebäuden geht derzeit (nach außen erkennbar) nur unzufriedenstellend voran. Warum keine Prioritätensetzung auf dieses Ziel im Konjunkturprogramm?

- **Sanierung von Mietwohnungen vorantreiben**

Der Anreiz für Vermieter ihre Wohnungen zu sanieren ist derzeit gering, tragen sie selbst doch kurzfristig nur begrenzt einen Nutzen von Energiesparmaßnahmen u.a.m.. Es gibt Mittel und Wege, um Vermieter trotzdem für Sanierungsprogramme zu gewinnen, ... und so auch häufig die Energiekosten der Mieter zu reduzieren ... Warum werden diese nicht ergriffen?

- **Energetische Optimierung von Sozialwohnungen**

Staat und Gemeinden verfügen über Sozialwohnungen, die bei weitem nicht immer den Energiestandards entsprechen: Warum nicht hier aktiv werden?

- **Kläranlagensanierung und -neubau vorantreiben**

Der Nachholbedarf an Kläranlagen in Luxemburg ist gewaltig. Wenn hier nicht endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden, riskieren wir Strafgebühren in Brüssel zahlen zu müssen. Trotzdem mangelt es scheinbar an Dynamik, warum nicht auch weitaus stärker in kleinere dezentralere innovative Systeme investieren?

- **Spezifische Aktionsprogramme für sozial benachteiligte Personenkreise**

Von zahlreichen Maßnahmen im Umwelt- und Klimaschutzbereich können derzeit sozial benachteiligte Personen kaum einen Nutzen tragen. Trotz gewisser Subventionen, mangelt es häufig an Geldern für Sanierungsmaßnahmen u.a.. Es wäre extrem wichtig, hier neue Wege zu gehen: von Nullzinsdarlehen bis hin zu Gratisberatungen und auch Direktsubventionen! Warum bleibt der Staat hier apathisch, wo diese Maßnahme doch für alle von Nutzen wäre: vor allem auch sozial schwächer gestellten Personen, der Umwelt ... und dem Arbeitsmarkt! Statt einer Gießkannenpolitik sollte die Möglichkeit genutzt werden, aktiv im Bereich einer höheren sozialen Gerechtigkeit zu werden.

Hierzu macht die "Chambre des salariés" in ihrem Gutachten zum Konjunkturprogramm konkrete Aussagen (zitiert im Zusammenhang mit den bisherigen Umweltförderprogrammen): *"Dans une optique de réduction des consommations d'énergie, il est important que le plus grand nombre de ménages puisse bénéficier des aides. Pour cela, il faut que les investissements initiaux ne pèsent pas trop lourdement sur les budgets des ménages modestes qui risquent fort de se trouver exclus de ces dispositifs. Afin de parfaire l'analyse et rendre plus efficaces ces dispositifs, la CSL demande à ce que soit réalisée et publiée une analyse des différentes catégories de ménages et habitations ayant bénéficié des aides pour éventuellement opérer un recadrage et en tirer les leçons lors d'éventuels aménagements et mises en place de nouvelles mesures à venir."*

- **Kulturlandschaftsprogramm in die Wege leiten**

Statt den Naturschutz in Frage zu stellen, warum nicht gerade in unsere Natur und Landschaft investieren, und somit auch gezielt Branchen in diesem Bereich unterstützen

(wobei die Geldbeträge häufig recht gering sind) und zudem die Lebensqualität verbessern?

- **Ausbau des öffentlichen Transportes**

Auch hier enthält des Papier der "Chambre des salariés" Vorschläge: «... il convient de réfléchir à des mécanismes pour soutenir financièrement employeurs qui offrent à leurs salariés des incitations à l'utilisation de transports publics arriver à leur lieu de travail.» (...) «On pourrait réfléchir à des tarifs réduits ou des bonifications d'impôts pour les entreprises offrent les abonnements gratuitement à leurs salariés.» (...) «Ces mesures devraient de toute évidence couvrir non seulement le réseau national, mais réseau transfrontalier de la Grande-Région.
Il s'agit là de mesures tout à fait souhaitables dans le cadre d'une politique de développement durable, celle-ci apportant à la fois pouvoir d'achat et réduction de gaz à effet de serre.»

Warum nicht konsequenter in die Mobilitätsberatung investieren? In einen schnelleren Ausbau der Radwegenetze?

- **Regionale Wirtschaftskreisläufe stärker fördern**

Auch in Wirtschaftskreisen werden regionale Märkte mehr und mehr als Märkte der Zukunft gesehen: Von Reparaturzentren für Elektronikgeräten über Verleihstellen bis hin zum Gebrauch von regionalen Produkten bei öffentlichen Ausschreibungen. Warum erfolgt hier kaum etwas?

- **Berufliche Weiter- / Umbildung gewährleisten**

Bereits heute weiss man, dass diverse Branchen in Zukunft mit ökonomischen Problemen zu rechnen haben werden. Nicht umsonst wird derzeit vom Staat eine Analyse durchgeführt, in welchen Branchen neue Arbeitsplätze im Bereich z.B. der Umwelttechnologien entstehen könnten, und wo welche Gefahr laufen evtl. reduziert werden. Das Aufgreifen dieser Thematik erfordert eine staatliche Strategie, die eine berufliche Um- und Fortbildung der ArbeitnehmerInnen gewährleistet, ohne dass diese zu sozialen Einbrüchen führt.

Exkurs: Begrenzte Ansätze des Umweltministeriums

Fakt ist, es gelingt nicht mittels vorliegendem Konjunkturpaket Akzente im Sinne der nachhaltigen Entwicklung zu setzen. Es gibt dezente Ansätze seitens des Umweltministeriums, wie die Prämien für dein Kauf von Kühlgeräten der Kategorie A++, die sicherlich in die richtige Richtung gehen. Jedoch: ein reelles Paket im Sinne der nachhaltigen Entwicklung erfordert darüber hinausgehende Initiativen, seitens der gesamten Regierung.

- Am Beispiel Förderhilfen im Energiebereich: positiv, aber mit Geld allein kann man nicht alle Probleme lösen....

Was die Erhöhung der Förderhilfen für die Erhöhung der Energieeffizienz von Wohnungen anbelangt, so ist dies sicher begrüßenswert. Doch liegt es wirklich an zu niedrigen Förderprogrammen, dass derzeit (noch) relativ wenige energetische Sanierungen durchgeführt werden? Wäre hier nicht eine ehrliche Analyse der Gründe für diese Situation weitaus sinnvoller, als nun (nur) die Subventionen erneut zu erhöhen?

Das gleiche gilt für die Energieberatung: dass diese nur begrenzt Früchte trägt, liegt kaum daran, dass die Beteiligung des Staates an den Honorarkosten der Energieberater zu niedrig gewesen wäre, hier liegen die Gründe doch viel tiefer: es besteht Nachholbedarf im Bereich Fort- und Weiterbildung der Handwerkerkreise, es gibt nicht offen gelöste Probleme (wie z.B. die Sanierung bestimmter Altbauten) ... Hier müsste endlich die Energiekompetenz in diesem Bereich, die auf drei Ministerien verteilt ist, überdacht werden!

Statt fast ausschließlich in finanzielle „Incentives“ zu investieren, wäre es an der Zeit verstärkt in Menschen zu investieren, die interessierten BürgerInnen beratend und helfend bei geplanten Energiemaßnahmen zur Seite stehen.

Wäre es zudem nicht spätestens jetzt sinnvoll gewesen, die soziale Dimension stärker einzubringen? Denn gerade sozial benachteiligten Personen nutzen auch diese Erhöhungen kaum etwas, dort sind andere Instrumente erforderlich, wie z.B. Nullzinskredite oder eine Gratis-Erstberatung usw.

Positiv zu werten ist die Erhöhung der Förderhilfen bei der Erstellung von Nahwärmenetzen; in wiefern dies jedoch ausreichend ist, wäre nachzuprüfen.

- Am Beispiel Verschrottungsprämie: wie man Subventionen an die Autoindustrie als „Umweltmaßnahme“ verkaufen kann...

A propos Verschrottungsprämie: diese ist in erster Linie keine Umweltmaßnahme, sie kann höchstens als wirtschaftliche Förderhilfe für Zulieferer der Automobilindustrie oder für Händler angesehen werden! Aus ökologischer Sicht ist sie mehr denn umstritten, sie steht jedenfalls keinesfalls im Verhältnis zu den vorgesehenen Kosten für das Staatsbudget 10 Mio Euro / Jahr. Nicht vertretbar ist zudem, dass die Prämie für Wagen mit einem Verbrauch von bis 150 g. gewährt wird (was de facto Standard ist).

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang übrigens auch eine Aussage der „Chambre des salariés“: *“D’autre part, si l’aspect relance économique était présent dans la décision de prendre cette mesure, il convient de souligner que cela risque de ne relancer l’emploi et l’activité que faiblement. Même si grâce à cette mesure cela engendrait une augmentation de 2% des immatriculations de véhicules particuliers, on peut douter que cela se traduise par une augmentation de 2% du nombre de vendeurs automobiles. Ceci profitera avant tout aux entreprises de vente automobile et aux constructeurs étrangers.”* Dem bleibt nichts hinzuzufügen!

3. Für ein reelles Konjunkturpaket unter dem Motto der “nachhaltigen Entwicklung”

Es mutet dabei geradezu schizophren an, dass der Plan für eine nachhaltige Entwicklung fast zeitgleich zum Konjunkturpaket im Regierungsrat verabschiedet wurde, ohne aber dass er entsprechend in diesem berücksichtigt wurde. Während der Nachhaltigkeitsplan weiterhin ein zahnloser Tiger ist - der eine vernichtende, doch scheinbar folgenlose Bestandsaufnahme der *nicht* nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs offen legt... werden einem nicht oder kaum an der Nachhaltigkeit orientierten Konjunkturpaket bereits konkrete Gesetze und Millionen an Krediten zugestanden. Augenscheinlicher lässt sich der niedrige Stellenwert, den diese Regierung der nachhaltigen Entwicklung beimisst, nicht darlegen.

Der Mouvement Ecologique setzt sich dafür ein, dass prioritär Strukturreformen in die Wege geleitet werden und staatliche Gelder sehr gezielt prioritär für einen sozialen und ökologischen Umbau unserer Gesellschaft verwendet werden!

Auch ein (kurzfristigeres) Konjunkturprogramm muss sich in eine langfristige Nachhaltigkeitsstrategie einfügen! Wachstum um jeden Preis würde in die nächste Krise führen. Klima- und Umweltschutz dürfen gerade in Krisenzeiten nicht unter die Räder kommen. Ein konsequenter Klimaschutz ist die Voraussetzung schlechthin für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung und birgt mittelfristig Wettbewerbsvorteile.

Die Schlussfolgerung ließe sich wohl kaum besser formulieren, als im Dokument der „chambre des salariés“:

«Il ne s'agit donc pas simplement pour le Gouvernement de donner un léger surplus d'activité aux entreprises en avançant quelques investissements, ou encore d'alléger le pouvoir d'achat par quelques mesures ponctuelles.

Il s'agit de réaliser les investissements permettant de préparer la société luxembourgeoise de demain en la rendant plus durable, plus sociale, plus harmonieuse, plus épanouie.

Il convient d'abord de lever certaines ambiguïtés autour de l'action publique et de bien distinguer la volonté d'une relance de l'économie de la nécessité d'inscrire cette action publique dans une perspective de développement durable. Dans les débats sur les plans de relance européens, on tend à confondre la nécessité d'une relance immédiate qui doit uniquement viser à remplir le carnet de commandes des entreprises locales, action qui s'inscrit dans le temps court, dans l'instantanéité, et le besoin de rediriger les efforts de production dans un souci de développement durable qui s'inscrit plutôt dans un horizon de moyen terme.

(...) Le programme de conjoncture doit donc être conditionné par des objectifs non seulement économiques, mais aussi écologiques et sociaux et ne pas se débarrasser des principes du développement durable.»

Oder wie es anlässlich der Pariser Erklärung vom 11. Januar 2009 (*) formuliert wurde:

“Trotz des offensichtlichen und vorhersehbaren Scheiterns des gegenwärtigen Wirtschaftsmodells versuchen die Regierungschefs, das System, das uns in die Krise geführt hat, im Wesentlichen unverändert aufrecht zu erhalten. (...)

Die Vorhaben der Regierungen zur Bewältigung der heraufziehenden Wirtschaftskrise ignorieren ihre anderen Dimensionen – die sich verschärfende globale Ungerechtigkeit, die Nahrungs-, die Klima- und Energiekrise – und die Notwendigkeit, unser Wirtschaftssystem grundlegend so zu transformieren, dass es uns erlaubt, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, die Menschenrechte uneingeschränkt durchzusetzen und die ökologischen Grundlagen des Lebens auf diesem Planeten wiederherzustellen und zu erhalten.

Zeit für die Wende!

Wir können ein System schaffen, das funktioniert – das Mensch und Natur dient; ein System, das den Bedürfnissen aller gerecht wird und das auf den Prinzipien der Gemeinwohlorientierung, globaler Fairness und Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbaut. Als ein erster Schritt müssen Sofortmaßnahmen eingeleitet werden, die den unmittelbar Betroffenen der Krise helfen und gleichzeitig den ökologischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben.“

(*) Treffen zum Thema «Krisensituation» von über 150 Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Kleinbauern-, globalisierungskritischen und Umweltbewegungen, Nord-Süd-Gruppen, Migrantenorganisationen, religiösen, Frauen-, Studenten-, Schüler- und Jugendgruppen und Organisationen.

Der Mouvement Ecologique richtet einen eindringlichen Appell an die Regierung, die politischen Parteien, die Abgeordnetenkammer, Gemeinden und soziale Akteure dafür einzutreten, um

- **soziale und demokratische Rückschritte zu verhindern, deren positive Auswirkungen auf die Konjunktur zudem äußerst fragwürdig sind und**
- **reelle Maßnahmen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung zu treffen, die sowohl sozialen, umwelt- und wirtschaftsrelevanten Interessen – auch für zukünftige Generationen - dienlich sind.**

Luxemburg, den 19. März 2009